

BEIHILFEN*Zuschüsse für
Spitäler nötig*

WIEN. Die Pandemie hat auch ein Loch in die Finanzierungstöpfe für Krankenhäuser gerissen. Die Regierung will nun den durch die Coronakrise stark belasteten Spitälern finanziell unter die Arme greifen: Das Finanzministerium stellt den Bundesländern für entgangene Einnahmen der Krankenanstalten und höhere Ausgaben der Länder in den Jahren 2020 und 2021 einen Pauschalbetrag von insgesamt 750 Mio. € zur Verfügung.

Einmalige Hilfe

Neben den Belastungen für Beschäftigte in den Spitälern seien auch große Mehraufwände für die Träger und damit die Länder entstanden, argumentierte das Ministerium die einmalige Finanzspritze. Die entgangenen Einnahmen beträfen etwa die Zahlungen der Sozialversicherungsträger an die Spitäler, die Zweckzuschüsse des Bundes und geringere Einnahmen aufgrund einer geringeren Anzahl ausländischer Gastpatienten und Selbstzahler. (red)



© APA/Hans Punz

Hohe Verluste

Die Pandemie hat den Spitälern höhere Kosten und sinkende Einnahmen gebracht.

Die Folgen der Krise

Je länger die Pandemie dauert, desto sichtbarer werden die Kosten und die Folgen. Österreich schneidet schlecht ab.

••• Von Martin Rümmele

WIEN. Österreich habe die Pandemie bisher gut bewältigt, heißt es von der Politik. Daten dazu haben bisher eher gefehlt. Mit zunehmender Dauer der Pandemie werden die Folgen klarer sichtbar und da zeigt sich, dass andere Länder bisher besser durch die Krise gekommen sind.

Arbeitsmarkt unter Druck

Durch die Coronapandemie sind in Österreich rund 74.000 Stellen verloren gegangen. Auch die Arbeitslosenquote ist gestiegen und hat im Gegensatz zu anderen Euro-Ländern das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht. Im 10-Jahres-Vergleich ist Österreich das Land mit dem

„

*Österreich und
Luxemburg sind
die einzigen Euro-
Länder mit einer
negativen Bilanz
am Arbeitsmarkt.*

Ernest & Young
Aktuelle Studie

“

höchsten Anstieg der Arbeitslosenquote im Euroraum. Damit sind Österreich und Luxemburg die einzigen Länder mit einer negativen Bilanz, analysiert die Unternehmensberatung Ernest & Young (EY). Während sich andere Länder derzeit schon wieder im Aufschwung befinden, habe Österreich das Vorkrisenniveau bisher nicht erreicht: Für 2022 rechnet EY mit einer Ver-



© APA/Erwin Scherlau

Österreich ist schlechter durch die Pandemie gekommen als andere Länder.

besserung der Situation und einer Arbeitslosenquote von 5,3%. Die von EY berichteten Arbeitslosenzahlen stützen sich auf die Erhebungsmethode der International Labour Organization (ILO). Diese unterscheidet sich von den nationalen Berechnungen, die in Österreich vom AMS durchgeführt werden. Das liegt daran, dass Arbeitslosigkeit in den beiden Methoden unterschiedlich definiert wird.

Die Coronapandemie ist einer anderen Studie zufolge global mit bisher rund 39 Mrd. € der drittgrößte Versicherungsschaden aller Zeiten – nach Berechnungen musste die Branche nur

nach dem Hurrikan „Katrina“ im Jahr 2005 und nach dem Angriff auf das World Trade Center mehr zahlen. Expertenschätzungen aus der Anfangszeit der Pandemie besagen, dass Covid-19 die Versicherer rund 100 Mrd. € kosten wird. Die Versicherer mussten vor allem wegen erzwungener Betriebsschließungen und des Ausfalls von Großveranstaltungen in die Tasche greifen.

Offen sind noch die Auswirkungen auf Staatsfinanzen und die Schuldenstatistiken zur Krisenbewältigung. Dazu kommt, dass etwa die Behandlungs- und Präventionskosten für Covid-19 noch nicht völlig erhoben sind.